

Statt einer freien Sicht auf den See gibt es einen Kompromiss

Überraschung im Kantonsrat Die radikalste Vorschrift für Grundstücke am See wird abgeschwächt. **Zürichsee Zeitung 27.1.2021 Seite 3**
Dafür verzichten die Bürgerlichen auf ein Referendum. Das ist gut für den Seeuferweg.

Der Coup von Links-Grün im Zürcher Kantonsrat vom 30. November gelang. SP-Kantonsrat Jonas Erni (Wädenswil) brachte mehrere Abänderungsanträge zu Paragraf 67a im kantonalen Planungs- und Baugesetz (PBG) durch. Der Paragraf regelt die Bau- und Zonenordnung im Seeuferbereich. Hauptunterstützer war damals der grüne Kantonsrat Thomas Forrer (Erlenbach).

Zusammen mit GLP, EVP und der Alternativen Liste gelang es der SP und den Grünen, den Schutz der Sicht auf den See dauerhaft zu sichern sowie Mauern und Hecken zu Grundstücken am See auf eine Höhe von 1,4 Metern zu beschränken. Durch die bürgerlichen Parteien SVP und FDP ging ein Aufschrei der Entrüstung. Von Enteignung und Missachtung der Besitzstandswahrung war die Rede.

Dennoch soll nächsten Montag im Kantonsrat der Paragraf in just diesen beiden umstrittensten Punkten abgeändert werden: Bei der «dauernden» Sicherung

der Seesicht fällt das Wörtchen «dauernd» weg und die Höhenlimite für Mauern und Hecken von 1,4 Metern wird gestrichen.

Die Gegenleistung der Bürgerlichen inklusive Hauseigentümerverband und Verein Fair (Interessensvertretung der Liegenschaftsbesitzer am Seeufer) ist ein Einlenken. Sie verzichten auf ein Referendum gegen das gesamte Paket, wie es der Paragraf 67 des PBG vorsieht. Damit anerkennen sie vor allem einen Satz: «Dabei werden insbesondere die ökologische Gestaltung des Seeufers und die Planung von Seeuferwegen berücksichtigt.»

Aus Einsicht vermittelt

Massgeblich beteiligt an diesem Kompromiss war Tobias Mani, EVP-Kantonsrat aus Wädenswil. Er hatte am 30. November noch allen Anträgen mit dauerndem Schutz der Sicht auf den See und der Höhenbeschränkung zugestimmt. «Die EVP war das Zünglein an der Waage», sagt er. Also sei seine Partei auch dazu beru-

fen, jetzt Brücken zu bauen. «Beide Seiten haben Federn gelassen, wir sind aufeinander zugegangen und haben uns gefunden», erklärt Mani.

In den intensiven Verhandlung während der letzten beiden Wochen habe sich die Höhenbeschränkung von Mauern und Hecken als «Pièce de Resistance» erwiesen. In diesem Punkt hätten die EVP und die Grünen über ihren Schatten springen müssen. «Dafür tragen alle Bürgerlichen die übrigen Punkte mit», sagt der Wädenswiler Kantonsrat. Das ist ihm wichtig, weil nun die ökologische Gestaltung, die Planung des Seeuferwegs und eine genügende Sicht auf den See bei allen Festlegungen des Uferbereichs gesichert seien.

Verzögerung verhindert

Thomas Forrer bestätigt: «Der Verzicht fiel uns nicht leicht, aber für uns zählt auch das grosse Entgegenkommen der Gegenseite», sagt der grüne Kantonsrat aus Erlenbach. Er spricht von



Heckenhöhe soll nicht generell geregelt werden. Archivfoto: M. Matt

einem «grossen Fortschritt» und einer «breiter abgestützten Lösung», als wenn nur der Kanton festlegte, wie im Uferbereich gebaut werden dürfe. Denn es sei wichtig, dass die Gemeinden je nach lokaler Situation eine Ge-

staltungsfreiheit besässen, wie sie die neuen Vorgaben zu Ortschafts-, Landschaftsschutz und Sichtschutz in ihrer BZO umsetzen wollen.

Auch der Präsident des Vereins Fair, der Herrliberger SVP-Kantonsrat Domenik Ledergerber, ist zufrieden mit dem Kompromiss. «Zum Glück ist er zustande gekommen.» Die Alternative wäre nämlich ein fortdauernder politischer Kampf gewesen, der die Teilrevision des PBG wohl um zwei Jahre verzögert hätte. Heisst dies, dass ein Referendum, mit dem Ledergerber noch vor zwei Monaten gedroht hatte, vom Tisch ist? «Ja, aus unserer Sicht schon», antwortet er. Das gelte auch für den Hauseigentümerverband und den Verein Fair. Auch ein Gemeinderreferendum drohe nun kaum mehr.

Bleibt ein enttäuschter Jonas Erni. Der Wädenswiler SP-Kantonsrat, der alles ins Rollen gebracht hat, muss nun verfolgen, wie der links-grüne Erfolg zerirnt. «Ich bin enttäuscht und ir-

ritiert, dass die Grünen lieber mit SVP und FDP gemeinsame Sache machen als mit uns.» Seine Mitstreiter hätten unnötigerweise auf Druck der Seeanstösser eingelenkt. Erni hätte keine Angst gehabt vor einem Referendum. «Es wäre gut gewesen, wenn das Thema Seeufer öffentlich diskutiert worden wäre und die Bevölkerung sich dazu hätte äussern können.» Er finde es nach wie vor schwierig, wenn auch die Sicht auf den See privatisiert sei. «Immerhin bleiben die ökologische Aufwertung und der Seeuferweg in der Vorlage», tröstet er sich.

Die SP wie auch die GLP werden die Abänderungsanträge gemäss vorliegendem Kompromiss nicht unterstützen. Dennoch dürfte der Paragraf 67a des Zürcher PBG am nächsten Montag bereinigt und mit der Schlussabstimmung definitiv verabschiedet werden. SVP, FDP, Grüne, CVP und EVP haben ihre Zustimmung angekündigt.

Christian Dietz-Saluz